

## Grexit

# Was Griechenland-Touristen jetzt wissen müssen

Sommerferien auf einer griechischen Insel sollten kein Problem sein, wenn man ein paar Punkte beachtet.

Iwan Städler

Euro-Krise hin oder her: Griechenland gehört nach wie vor zu den beliebtesten Feriendestinationen der Schweizer. Weil Ägypten und Tunesien derzeit als unsicher gelten, können die Griechen gar deutlich mehr Buchungen verzeichnen. Vor allem die Inseln sind sehr beliebt. Auch jetzt - nach dem grossen Knall mit der EU - spricht wenig gegen Sommer- oder Herbstferien in Griechenland. Folgendes sollten Touristen allerdings wissen:

● **Demonstrationen meiden:** Wegen der zugespitzten Lage kann es zu Demonstrationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen. Dies war in der Hauptstadt Athen wegen der Euro-Krise schon öfter der Fall. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) rät, Demonstrationen aller Art zu meiden.

● **Sich regelmässig informieren:** Streiks sind das wohl grösste Risiko für Touristen. Legen Fluglotsen oder Mitarbeiter von Fährbetrieben ihre Arbeit nieder, kann dies den Reiseverkehr erheblich beeinträchtigen. Das EDA empfiehlt, sich vor und während der Reise in den Medien über die aktuelle Situation zu informieren.

● **Pauschalreisen sind garantiert:** Wer seine Ferien pauschal bei einem Reiseveranstalter gebucht hat, braucht sich keine grosse Sorgen zu machen. Die Flüge, Hotelübernachtungen und Bustransfers sind bereits eingekauft und vertraglich abgesichert. Die Veranstalter rechnen mit den griechischen Anbietern in Euro ab - egal ob es zu einem Grexit kommt oder nicht. Sollte trotzdem die eine oder andere Leistung ausfallen, würden die Veranstalter Alternativen offerieren oder die Reisekosten zurückerstatten. Bei Hotelplan zum Beispiel bestehen für den Fall von Streiks Notfallpläne. Touristen könnten mit Schiffen heimgeholt werden.

● **Euro-Verträge bleiben bestehen:** Individualreisende sind weniger gut abgesichert. Aber auch ihre Hotelbuchungen in Euros sollten kein Problem sein. Selbst wenn die Griechen die Drachme einführen, bleiben die Euro-Verträge bestehen. Kein Hotel hat ein Interesse daran, dies in Frage zu stellen. Denn eine allfällige Drachme wird weniger Wert sein als ein Euro. Nur so macht ein



Ausflüge könnten für Griechenland-Touristen bei einem Grexit günstiger werden. Foto: Vorname Name (Agentur)

## Die Griechen haben kein Interesse, Feriengäste hängen zu lassen. Zu wichtig ist dieser Wirtschaftszweig.

Grexit Sinn. Kommt hinzu, dass die Griechen kein Interesse haben, Feriengäste hängen zu lassen. Zu wichtig sind diese als Einnahmequelle für das wirtschaftlich arg gebeutelte Land. In den vergangenen Jahren sind Touristen auf den griechischen Inseln fast vollständig von Unannehmlichkeiten verschont geblieben. Die Streiks und Demonstrationen konzentrierten sich auf Athen.

● **Mit Grexit würden Ferien billiger:** Was genau geschieht, wenn Griechenland aus dem Euro aussteigt, weiss nie-

mand. Höchstwahrscheinlich würden während einer Übergangszeit aber sowohl Euros als auch Drachmen akzeptiert. Mittelfristig könnten Griechenland-Touristen gar von einem Grexit profitieren. Denn ein solcher macht wie bereits erwähnt nur Sinn, wenn die Drachme gegenüber dem Euro abgewertet wird. Dadurch würden in Griechenland die Arbeitskosten sinken, wodurch Hellas wieder konkurrenzfähiger wäre. Touristen könnten Restaurantbesuche, Ausflüge und Souvenirs mit der günstigeren Drachme bezahlen. Das bereits in Euro gebuchte Hotelzimmer hingegen müssten sie auch bei einem Grexit in dieser Währung begleichen.

● **Genügend Bargeld mitnehmen:** Wenn Griechenland wie angekündigt die Banken schliesst und Kapitalverkehrskontrollen einführt, kann es an Geldautomaten zu Problemen kommen.

Touristen sollten daher sicherheitshalber genügend Bargeld mitnehmen. Am besten in kleinen Scheinen. Kredit- und Debitkarten sollten zwar weiter funktionieren. Aber sicher ist es auch dies in solch turbulenten Zeiten nicht. Und nicht jedes Geschäft akzeptiert Plastikkarten.

● **Reiseversicherung abschliessen:** Das EDA empfiehlt, eine Reiseversicherung abzuschliessen. Sie kommt etwa bei Streiks für zusätzliche Übernachtungen und Umbuchungen auf.

● **Sich online registrieren:** Auf [www.itineris.eda.admin.ch](http://www.itineris.eda.admin.ch) kann man Auslandsreisen registrieren. So kann das EDA Touristen besser lokalisieren und kontaktieren, wenn sich in deren Ferienregion eine schwere Krise ereignet. Bei einer unerwarteten markanten Verschlechterung der Sicherheitslage erhalten die Registrierten eine Mitteilung.

## «Das ist doch ein Witz»

Was Tsipras veranstalte, sei keine direkte Demokratie, sagt Christoph Blocher.

Mit Christoph Blocher sprach Iwan Städler

### Finden Sie es richtig, dass das griechische Volk über die Sparvorschläge abstimmen kann?

Was Herr Tsipras veranstaltet, ist keine direkte Demokratie. Er macht eine Volksabstimmung, damit er keine Verantwortung tragen muss. Und wie heisst die Frage, über die er abstimmen will? Wohl: Wollt ihr den Sparmassnahmen zustimmen? Und nicht: Wollt ihr in Konkurs gehen und aus dem Euro austreten?

### Die Griechen wissen wahrscheinlich trotzdem, um was es geht.

Herr Tsipras kündigte ja bereits an, er werde ein Nein empfehlen. Dann soll er doch selbst ablehnen und die Verantwortung tragen. Praktisch ohne Diskussion für Pro und Kontra soll der Bürger entscheiden!

### Die Abstimmung findet bereits am kommenden Sonntag statt...

... mit einer Woche Vorbereitung. Das ist doch ein Witz.

### Die EU wiederum mag den 5. Juli nicht abwarten. Zeugt dies von mangelndem Respekt vor der Demokratie?

Nein. Man kann nicht behaupten, die EU habe keine Geduld gehabt. Immer wieder gab sie den Griechen nach, gab viel Zeit und zu lange Geld. Das geht wohl noch so weiter.

**Was kann die Schweiz daraus lernen?** Auf keinen Fall der EU beitreten - weder direkt noch schleichend - und keine Bindung an den Euro! Man sieht jetzt die Fehler dieser intellektuellen Fehlkonstruktion. Diese ist mitverantwortlich, dass es in Griechenland so weit kam. Der Bundesrat aber will trotzdem über institutionelle Bindungen verhandeln und so in die EU hineinrutschen. Das führt zum Niedergang der Schweiz.

**Der Bundesrat sucht einen Weg, um der EU Zugeständnisse bei der Personenfreizügigkeit abzurufen. Sie hingegen glauben, man könne sich einfach um die Personenfreizügigkeit foutieren. Hat die EU nicht gezeigt, dass sie hart sein kann? Und dass es bitter enden kann?**

Als selbstständiges Land kann dies der Schweiz nicht passieren. Die Schweiz muss endlich entschieden auftreten: erstens keine institutionelle Bindung und zweitens ein Ende der Masseneinwanderung. Gegen die übrigen bilateralen Verträge, welche die EU schon als Eigennutz nicht kündigen will, ist nichts einzuwenden. Aber selbst eine Kündigung wäre keine Katastrophe.

### Wird sich die Griechenlandkrise in irgendeiner Form auf die Schweiz auswirken?

Direkt wohl nicht. Aber klar, Schwierigkeiten ausserhalb der Schweiz haben stets auch Auswirkungen auf unser Land.

### Steigt der Frankenkurs weiter, wird die Wirtschaft noch stärker leiden.

Das muss nicht die Folge sein. Natürlich traf der unvorbereitete Fall des Eurokurses von 1.20 auf 1.05 Franken die Unternehmen hart. Aber das - ich sage dies als langjähriger Exportunternehmer - werden wir auch verkraften. Die Importprodukte werden billiger, und die Unternehmen haben gute Massnahmen getroffen. Eine Anbindung an den Euro ist aber eine Fehlkonstruktion.



Christoph Blocher  
SVP-Vizepräsident

## Washington fürchtet um seinen Nato-Aussenposten

Die wirtschaftlichen Folgen der Krise sind für die USA überblickbar. Alarm löst jedoch Athens Hinwendung zu Russland aus.

Walter Niederberger  
San Francisco

Für die US-Regierung war Griechenland bislang nur eine Nebensache. Präsident Barack Obama überliess Angela Merkel die politische Führung im Grexit-Drama, und daneben spielte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine übliche Doppelrolle. Denn vielen amerikanischen Strategen wäre ein Grexit noch so recht. Damit würde bestätigt, was sie seit der Einführung des Euro gewusst haben wollen. Aus der Optik des konservativen Kommentators George Will etwa ist die EU ein sozialistisches Bürokratenprojekt, das schon deswegen nicht bestehen kann, weil es missbraucht wird. Den Sozialisten «geht über kurz oder lang immer das Geld der anderen aus», zitiert George Will die britische EU-Gegnerin Margaret Thatcher. Ein Grexit wäre somit der Beweis für die Fehlkonstruktion der EU und ihrer gemeinsamen Währung.

Solches Denken liegt der US-Regierung fern. Obama forderte beide Seiten mehrmals zu einem Kompromiss auf. Finanzminister Jack Lew sagte, Brüssel verfolge «eine Politik des höchsten Risikos» und meinte, «nur ein einziger Unfall» könne eine Katastrophe auslösen. Solch starken Worten folgten bisher keine Taten. Das Dilemma: Wenn sich die USA zu stark in die griechische Tragödie einmischen, so riskieren sie, die Widerspenstigen in Athen noch mehr gegen den Westen aufzubringen. Zudem kann Obama im Fall Griechenlands nicht plötzlich eine aktivere Rolle übernehmen, die er für andere Krisenherde im Mittleren Osten oder in der Ukraine abgelehnt hat.

Erklärbar ist die relative Gelassenheit der USA auch durch das geringe wirtschaftliche Gewicht Griechenlands. Die Folgeschäden eines Grexit schätzen Finanzanalysten in den USA als überblickbar und nicht systembedrohend ein. Anders als die Schuldenprobleme in Spanien oder Italien, die unmittelbar nach der Finanzkrise von 2008 auf die Märkte drückten, war der griechische Zerfall seit fünf Jahren abzusehen. Die Investoren hatten Zeit, sich vorzusehen.

Trotzdem ist die amerikanische Gelassenheit trügerisch. Schon Anfang Juni begann der Wind zu drehen. Am letzten

G-7-Gipfel in Deutschland redete Obama den Griechen erstmals öffentlich ins Gewissen. Es seien «harte politische Entschiede» seitens der Regierung Tsipras nötig, zudem müsse ein «Sinn für Dringlichkeit» entwickelt werden.

Vor einer Woche dann doppelte Alexander Vershbow, stellvertretender Generalsekretär der Nato, nach. «Wir sind besorgt. Ein Grexit kann auf uns alle zurückschlagen. Die USA und die Nato haben keine Scheuklappen auf. Wir behandeln dies nicht mehr nur als ein wirtschaftliches Problem».

### Angst vor einem «failed state»

Geradezu einen Weltuntergang skizzierte der frühere Wirtschaftsberater von Obama, Larry Summers. Er verglich die Lage mit jener vor dem Ersten Weltkrieg. Griechenland drohe ein «failed state» zu werden; ein Staat ohne Zukunft und ohne Hoffnung. Dies würde ein Vakuum und neue Flüchtlingsströme schaffen, warnte Summers. «Historiker könnten einmal auf die Ereignisse der nächsten Wochen zurückblicken und sich wundern, warum der Zerfall des europäischen Finanzsystems zugelassen wurde». Vollends in Alarmstimmung wurde die US-Regierung versetzt, als Tsipras in Russland vorstellig wurde. Die USA hatten seit dem Frühjahr versucht,

eine Alternative zur geplanten Erdöl- und Erdgaspipeline zu entwickeln, die von Russland durch die Türkei nach Griechenland führen soll. Dies gelang nicht. Stattdessen besiegelten Putin und Tsipras vor kurzem den Bau einer Pipeline, die Investitionen von 2 bis 5 Milliarden Euro auslösen und einige Tausend Arbeitsstellen in Griechenland schaffen soll. Dies wird dem Land nicht aus der Krise helfen, aber besser als die Dauerkritik der EU und des IWF ist dies für die Regierung Tsipras allemal.

In den USA kamen die Neuigkeiten zur Pipeline schlecht an. «Es ist leicht zu sehen, dass dies ein geopolitisches Geschenk für Russland ist», sagt Sebastian Mallaby vom Council of Foreign Relations, einem führenden politischen Thinktank. «Europa kann doch nicht mehr mit einem Nato-Land Griechenland verhandeln, das den Westen hasst und sich allmählich Russland anschmiegt».

Die USA hoffen, dass Griechenland als Nato-Aussenposten gegen Russland bestehen bleibt. Gleichzeitig will das Land die Glaubwürdigkeit ihres Finanzarms im IWF behalten können. Schwelmländer in Asien, Lateinamerika und Afrika beobachten sehr genau, ob der IWF das verarmte Griechenland weiterhin mit Kredit versorgt und damit besser behandelt, als sie es selber gewohnt sind.